

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
08.01.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kulturbüro
Schriftführung
Petra Weymans
Telefon-Nr.
02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Donnerstag, 20.09.2012

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:10 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 19.06.2012
- öffentlicher Teil -
0410/2012**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 **Theaterbericht 2011 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**
0373/2012

- 7 **Jahresbericht Kultur 2012 – Produktgruppe Kunst- Kulturbesitz**
0432/2012

- 8 **Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017**
0427/2012

- 9 **Umsetzung der modifizierten HSK - Maßnahme 4.400.13 "Aufgabe der Förderung von Schulbibliotheken".**
0429/2012

- 10 **Konkretisierung des Verfahrens für mögliche Trägerwechsel im Außerunterrichtlichen Angebot an Grundschulen**
0370/2012

- 11 **Sachstand zur Errichtung eines weiteren Hauptschulabschlusskurses an der VHS**
0428/2012

- 12 **Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.**
0402/2012

- 13 **Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme" 2012**
0408/2012

- 14 **Landesprogramm "Kulturrucksack Nordrhein-Westfalen"**
0431/2012

- 15 **Sanierung Sportstätten**
0433/2012

- 15.1 **Max-Bruch-Festival**

- 16 **Anträge der Fraktionen**

- 16.1 **Zusatzantrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE./BfBB, am Schulstandort Ahornweg eine integrierte Gesamtschule neben den beiden dort bestehenden Schulen zu errichten.**
0444/2012

- 17 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede schlägt vor, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 15.1 zu erweitern, um Frau Bischoff die Gelegenheit zu geben, über das „Max-Bruch-Festival“ zu informieren. Der Ausschuss zeigt sich hiermit einvernehmlich einverstanden.

Ferner schlägt der Ausschussvorsitzende auf Antrag von Herrn Klein vor, die Anträge der Fraktion DIE LINKE./BfBB beim Tagesordnungspunkt A 8 - Schulentwicklungsplanung 2012 - 2017 zu behandeln, wozu seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch geäußert wird.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 19.06.2012 - öffentlicher Teil - *0410/2012*

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Mumdey möchte den Ausschuss gerne über den Sachstand zur Unterbringung der Stiftung Zanders informieren. Die Stadt sei auf Grund der Stiftungsurkunde zur Unterbringung der Stiftung Zanders verpflichtet. Der Vertrag mit Herrn Zanders über die Unterbringung der Stiftung Zanders und des Altenberger-Dom-Vereins im Kulturhaus Zanders sei zum Sommer 2010 ausgelaufen. Es habe danach Verhandlungen mit Herrn Zanders gegeben, allerdings nur bezogen auf die Unterbringung der Stiftung Zanders. Ferner habe die Stadt anderweitige angemessene Unterbringungsmöglichkeiten für die Stiftung Zanders geprüft. In diesem Sommer seien die Verhandlungen mit Herrn Zanders erfolgreich zum Abschluss gebracht worden. An dem Abschlussgespräch mit Herrn Zanders habe der Bürgermeister, Herr Dr. Speer und er teilgenommen. Die neuen Konditionen seien vergleichbar der alternativen Angebote und somit deutlich günstiger. Der Vertrag über die Unterbringung der Stiftung Zanders sei zum 01.07.2012 in Kraft getreten.

6. Theaterbericht 2011 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH *0373/2012*

Herr Zalfen hat für die SPD-Fraktion eine Nachfrage zu dem Satz: „Wichtig ist es jedoch ein Mindestangebot aufrecht zu erhalten“ (Seite 10, 2. Absatz). Er bittet Herrn Pfenning um eine dezidierte Stellungnahme. Das fremdsprachliche Theater werde auf Grund fehlender Nachfrage, vor allem seitens der Schulen, nicht mehr angeboten. Die Oberstufen der weiterführenden Schulen seien vom Ausschussvorsitzenden angeschrieben worden; nur eine Schule habe geantwortet. Somit sei ein weiteres Anbieten einer solchen Veranstaltung obsolet. Interessant finde die SPD-Fraktion die Zusammenarbeit mit dem Bürgerhaus Troisdorf, wie z.B. bei dem Stück „Der zerbrochene Krug“. Die SPD-Fraktion rege an, eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit zu organisieren, um auch größere Ensembles in die Auftrittshäuser zu bekommen. Zuletzt möchte er auf den Theaterzuschuss eingehen. Die SPD-Fraktion vertrete seit einigen Jahren die Position, dass es unsinnig sei, in den einzelnen Kultureinrichtungen immer weiter punktuell zu sparen. Man komme dann irgendwann an einen Punkt, wo die einzelnen Einrichtungen mehr oder minder sinnlos würden, weil sie gar kein Angebot mehr anbieten könnten. Man müsse sich Gedanken machen, ob man dann nicht die eine oder andere Einrichtung zugunsten der anderen ganz schließe. Die SPD-Fraktion sehe in dem Bürgerhaus Bergischer Löwe ein sehr wichtiges Gut dieser Stadt und lehne deshalb die Kürzungen im Theateretat ab.

Frau Beisenherz-Galas dankt Herrn Pfenning für seine Arbeit, die er trotz dieser erschwerten Bedingungen kompetent und bürgerorientiert erledige. Auch die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN sähen natürlich die Schwierigkeiten. Zum fremdsprachlichen Theaterangebot möchten sie anregen, diese Aufführungen vielleicht direkt in den Schulen stattfinden zu lassen. Das Sparvolumen von 90.000 € ab 2014 finde auch die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zu hoch und kontraproduktiv. Sie würden anregen, den Zuschuss nur um die Hälfte, d.h. 45.000 €, zu reduzieren, da sich die Haushaltssituation doch etwas verbessert habe. Dies müsse unbedingt in den nächsten Haushaltsberatungen überlegt werden.

Herr Pfenning erklärt, bezogen auf das Mindestangebot sei für das Bürgerhaus die unterste Grenze eigentlich schon erreicht. Eine zusätzliche Kürzung habe eine proportionale Kürzung der Stücke zur Folge. Der Theaterzuschuss werde für die Veranstaltungen verwendet, die sie sonst nicht mehr durchführen könnten, wie z.B. das Kindertheater in einer gewissen Anzahl. Veranstaltungen, die sich selber tragen würden, wie z.B. Comedy-Veranstaltungen, könnten die Veranstalter selber durchführen. Dafür werde das Haus vermietet. Das Bürgerhaus sei trotz des derzeitigen verminderten Angebotes bei den Bürgern noch ein angesehenes Haus. Seit 2003 erhalte die

Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH einen Zuschuss in Höhe von 350.000 €. Allerdings könne er für diesen Betrag nicht mehr dasselbe Angebot anbieten wie früher, da alles teurer würde. Bei einer weiteren Reduzierung der Stücke könne man auch nicht mehr von einem Theater-Abonnement sprechen, sondern nur noch von Einzelveranstaltungen. Zur Zusammenarbeit mit anderen Bürgerhäusern und Theater führt er aus, diese gebe es z.B. mit Troisdorf, Siegburg, Neuss, Bergheim und Koblenz bzgl. Terminplanung und Preisgestaltung. Synergieeffekte ließen sich so erzielen. Dem gegenüber stünde jedoch die eigene Flexibilität. Weiter erklärt er, auch er finde es bedauerlich, dass er das fremdsprachliche Theater auf Grund des zu hohen Verlustes nicht mehr anbieten könne.

Frau Koshofer möchte Herrn Pfenning für seine Umsicht in der Programmgestaltung danken, trotz der geringen Mittel. Auch sie sehe die bevorstehenden Kürzungen mit Sorge.

Frau Bischoff schließt sich den anderen Fraktionen inhaltlich an. Der Theaterbericht sei gut. Herr Pfenning gestalte angesichts der geringen Mittel, die ihm zur Verfügung stünden, ein umfangreiches Programm. Sie habe eine Frage zur Beziehung Theaterzuschuss und Vermietungen. Der Theaterzuschuss ermögliche ja eigentlich erst das Vermietungsgeschäft. Sie möchte gerne wissen, wie niedrig der Theaterzuschuss werden dürfe, um das Vermietungsgeschäft nicht zu gefährden.

Herr Pfenning erklärt, der Theaterzuschuss dürfe nicht so niedrig werden, dass er Personal entlassen müsse. Bei einem noch niedrigeren Zuschuss, wäre er für das Vermietungsgeschäft nicht mehr handlungsfähig. Die Bühnenmeister seien auf Grund der vielen Vorbesprechungen für die Veranstaltungen sehr stark eingespannt. Eine weitere Reduzierung als die geplante, sei nicht möglich. Dann müsse das Haus geschlossen werden.

Herr Dr. Miede erklärt, er schließe sich den Ausführungen an. In den letzten zehn Jahren seien die Abonnements häufiger gekürzt worden. So könne es einfach nicht mehr weitergehen. Zu den Auswirkungen einer geplanten Kürzung von 90.000 € möchte er auch auf die deutlichen Ausführungen im Theaterbericht auf Seite 11 hinweisen. Eine solche Kürzung „erledige“ ein Theaterhaus. Man müsse ernsthaft prüfen, was gewollt sei.

Herr Dr. Bernhauser möchte gerne wissen, ob die Mietpreise noch erhöht werden könnten, um die Einnahmenseite noch zu verbessern. Der Anlage 1 könne man entnehmen, dass bei den Vermietungen die Veranstaltungen immer gut besucht gewesen seien.

Herr Pfenning führt aus, die Mietpreise seien in 2011 um 5 % erhöht worden. Ebenso seien die Nebenkosten - Personal und Technik - um 10 % erhöht worden. Auch der Ortstarif für die ortsansässigen Vereine sei angehoben worden. Hier sei die Obergrenze erreicht. Vielfach werde gesagt, die Anmietung sei zu teuer. Häufig werde über Kleinigkeiten diskutiert. Allerdings sei die Technik auf dem neuesten Stand. Aber dies müsse auch finanziert werden.

Herr Mumdey möchte noch auf die Wortbeiträge zum Haushaltssicherungskonzept antworten. Er höre derzeit an verschiedenen Stellen, wie z.B. aus Jugendhilfekreisen und nun auch hier, man müsse mehr tun. Den Bereich Schule hätten Herr Urbach und er bereits herausgenommen. Die nächste Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes erfolge für den Haushalt 2014. Wenn an einer Stelle etwas „hinzugetan“ werde solle, müsse aber an anderer Stelle eingespart werden. Er sehe den Einsparungsvorschlägen mit Interesse entgegen.

Herr Klein erklärt, auch die Fraktion DIE LINKE./BfBB finde den Theaterbericht sehr übersichtlich und aussagekräftig. Herrn Mumdey möchte er antworten, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe schon öfter Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation gemacht. Er möchte aber noch gerne von Herrn Pfenning wissen, wie viele Karten der Fachbereich 5 - Jugend und Soziales -

vergünstigt kauft, um diese dann an bedürftige Familien zum symbolischen Preis von einem Euro weitergeben zu können. Auch würde ihn interessieren, wie viele von den weitergegeben Karten eingelöst würden.

Herr Pfenning antwortet, der Bergische Löwe gebe 20 Karten pro Kinderveranstaltung vergünstigt für 3 Euro und mehr an den Fachbereich 5 ab, bei Nachfrage auch mehr Karten. Die Karten würden für einen Euro weitergegeben. Dies sei ein symbolischer Preis, stelle aber auch eine gewisse Wertigkeit dar. Die Plätze seien bei den Veranstaltungen auch besetzt. Genaue Statistiken habe Herr Zenz vom Fachbereich 5.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Jahresbericht Kultur 2012 – Produktgruppe Kunst- Kulturbesitz 0432/2012

Herr Dr. Speer erklärt, diese Vorlage sei eine Ergänzung zum Jahresbericht Kultur und beantworte die bei der Diskussion des Jahresberichtes Kultur - Produktgruppe Kunst- und Kulturbesitz gestellten Fragen.

Frau Dr. Oelschlägel teilt mit, sie habe das Jahresprogramm der Städtischen Galerie Villa Zanders noch einmal farbig ausgedruckt. Es liege als Tischvorlage vor. Sie differenziere hier zwischen Veranstaltungen, aus denen Einnahmen generiert würden (hier in rot dargestellt), Veranstaltungen ohne Einnahmen, die nicht reine Museumsveranstaltungen seien, wie z.B. Veranstaltungen des Bürgermeisters, Pressegespräche der Stadt usw. (in blau) und Museumsveranstaltungen (in schwarz).

Herr Zalfen erklärt, die SPD-Fraktion und insbesondere der Arbeitskreis hätten mit dem Tenor, der in dieser Vorlage enthalten sei, dass eine Vermarktung der Räumlichkeiten quasi dem musealen Charakter hinderlich sei, etwas Probleme gehabt. Sie seien der Meinung, eine Kommune habe auch die Aufgabe, ein solches Haus zu vermarkten. Sie würden dies gerne noch ausweiten. Diese Vermarktung solle angesichts der vorgelegten Zahlen - aus den Trauungen und Vermietungen seien 35.000 € generiert worden, ebenso viel wie an Fördergelder eingegangen seien - noch verstärkt werden, um eben die Last, die die Einrichtung auf den Haushalt ausübe, noch weiter zu minimieren. Weiterhin habe die Fraktion den Hinweis, dass das Beantragen von Fördergeldern zweitaufwändig sei, gestört. Fördermöglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, auch wenn dies mühsam sei. Die SPD-Fraktion finde, die Vermarktung der Villa Zanders müsse noch weiter vorangetrieben werden, auch in die anderen Stockwerke hineingegangen werden, um den Haushalt hier zu entlasten. Vielleicht bleibe dann ein bisschen mehr für den Bergischen Löwen übrig. Es hätten ca. 350 Veranstaltungen stattgefunden. Bei einem Ertrag von 35.000 € sei man auf einen Betrag von 100 € pro Veranstaltung gekommen. Dies widerspreche der beschlossenen Gebührensatzung. Sie möchten gerne wissen, wie die Erträge sich verteilten und wie viel die Rotarier, die 36 x getagt hätten, für ihre Veranstaltungen bezahlen würden.

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, durch die farbliche Akzentuierung in der Auflistung werde deutlich, mit welchen Veranstaltungen Gewinne zu erzielen seien und mit welchen nicht. Es fänden viele Veranstaltungen statt, mit denen keine Einnahmen erzielt würden, wie z.B. den Konzerten der Musikschule. Von den erzielten Einnahmen müssten auch z.B. noch die Hausmeisterstunden an den GL-Service bezahlt werden. Die von Herrn Zalfen erwähnten Fördermittel sind extern hinzugekommene Fördermittel, nicht Mittel des Galerie + Schloss e.V. und auch nicht der städtische Etat, der zur Verfügung stehe. Die Ausweitung der Vermarktung in die oberen Etagen halte sie für problematisch. In dem Falle halte sie es für sinnvoll, zu überlegen - wie bereits bei der

Diskussion um den Theaterzuschuss -, ob man die Institution generell halten möchte, denn dies sei mit der Museumsarbeit dann nicht mehr zu vereinbaren.

Herr Dr. Miede weist Frau Dr. Oelschlägel darauf hin, der Ausschuss und der Rat hätten vor vielen Jahren beschlossen, dass die Vermarktung des Erdgeschosses eine sinnvolle Ergänzung für die Arbeit des Museums sei. Die Tendenz in diesem Teil der Vorlage erscheine ihm etwas zu negativ zu sein. Die Aufgabe der Städtischen Galerie Villa Zanders sei die Belange der Museumsbesucher und die der Mieter des Erdgeschosses zu koordinieren.

Frau Dr. Oelschlägel entgegnet, um Koordinierung werde sich permanent bemüht. Wenn eine Veranstaltung am Samstagabend um 19.00 Uhr beginne, begännen die Vorarbeiten wie Bestuhlung oder die Vorarbeiten des Caterers häufig bereits um 14:00 oder 15:00 Uhr. Sie widerspreche dem Vorwurf, die Vermietung des Erdgeschosses werde von ihnen blockiert oder boykottiert. Das Haus sei aber derart offen gebaut, dass Kollisionen bei unterschiedlichen, zeitgleich stattfindenden Veranstaltungen nicht zu vermeiden seien.

Frau Beisenherz-Galas meint, eine Ausweitung der Vermietung in die oberen Etagen sei ihr neu. Nach ihrer Kenntnis sei davon nie die Rede gewesen. Sie glaube auch nicht, dass dies wirklich gewünscht sei. Es gehe doch um das zur Verfügung stellen des Erdgeschosses für die Öffentlichkeit. Laut der Vorlage gebe es ein relativ ausgeglichenes Verhältnis, welches man so beibehalten könne. Sie finde auch nicht, dass man dies noch intensivieren solle. Die Argumente von Frau Dr. Oelschlägel leuchteten ihr ein. Die Einnahmen müssten nicht unbedingt noch erhöht werden, aber auch nicht reduziert.

Frau Bischoff möchte hervorheben, dass im Vergleich mit dem Vorjahr 100 % mehr an Fördergelder akquiriert worden seien. Es seien deutlich mehr Senioren und Kinder als Besucher zu verzeichnen. Auch die Einnahmen im Erdgeschoss seien im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 200 % gestiegen. Bei 50 % der Veranstaltungen würden keine Einnahmen erzielt. Angesichts dessen sei dies ein enormer Anstieg. Diese positiven Fakten möchte sie nicht unerwähnt lassen. Auch die Überstunden, die die MitarbeiterInnen machen würden, seien beträchtlich. Eine Ausweitung der Vermarktung auf die oberen Etagen sehe die CDU-Fraktion auf keinen Fall vor, noch plane sie diese.

Herr Dr. Miede sagt, dies sei ihm völlig neu und fremd.

Frau Koshofer erklärt, sie könne sich den Worten von Frau Bischoff zum Teil anschließen. Die Vermarktung bzw. die Führung des Hauses sei viel besser geworden. Sie möchte sich bei Frau Dr. Oelschlägel bedanken. Außerdem habe sie erfahren, dass Frau Dr. Oelschlägel nun als Leiterin der Städtischen Galerie bestellt worden sei. Sie finde, davon solle der Ausschuss und die Öffentlichkeit informiert werden. Sie habe aber noch eine Frage zu den Eintrittsgeldern. Sie möchte gerne wissen, wie viele Menschen das Museum besuchten und wie viele Eintrittsgelder daraus generiert worden seien. Die Besucher kämen zu den Ausstellungseröffnungen. Aber wie viele darüber hinaus das Haus besuchten, möchte sie gerne wissen. Ferner sei sie erstaunt, dass die Einnahmen durch die Vermarktung nur 35.000 € betrügen. Ihrer Meinung nach sei die Stadt darauf angewiesen, dass das Erdgeschoss weiterhin vermarktet werde.

Herr Klein findet die Aufstellung sehr aufschlussreich und gut dargestellt. Er schließe sich der Frage von Frau Koshofer an. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe schon mehrfach nachgefragt, wie viele Besucher das Museum habe und wie viele Eintrittsgelder daraus generiert worden seien. Er möchte dies gerne für das Jahr 2012 beantwortet haben. Ferner möchte er wissen, wie viele ermäßigte Eintrittskarten für Hartz-4-Empfänger ausgegeben und wie viele davon eingelöst worden seien. Er sehe diese Frage vor dem Hintergrund über die Diskussion um die Ermäßigungen für den

Personenkreis der Asylbewerber. Eventuell sei die Anzahl der bezuschussten Karten für Hartz-4-Empfänger nicht so hoch und man könne dies auf die Asylbewerber ausweiten.

Herr Dr. Miede schlägt eine schriftliche Beantwortung der Fragen vor, die dem Protokoll beigelegt werden sollte

Herr Dr. Speer möchte noch auf die Frage von Herrn Zalfen zu den Einnahmen aus der Vermietung an die Rotarier antworten. Bezogen auf die vorgelegte Liste müsse man zwei unterschiedliche Rechtszustände berücksichtigen. Der alte Mietvertrag mit den Rotariern sei zum 31.12.2011 ausgelaufen. Ab dem 01.01.2012 sei nach Verhandlungen mit den Rotariern und in Absprache mit dem Verwaltungsvorstand ein neuer Mietvertrag mit deutlich besseren Konditionen abgeschlossen worden. Er sei gerne bereit, im nicht öffentlichen Teil die Höhe der Mietzahlung mitzuteilen.

Frau Scheerer teilt mit, sie sei schon mehrmals von Auswärtigen, die zu den Trauungen oder Veranstaltungen in die Städtische Galerie wollten, nach dem Weg gefragt worden. Die Besucher vermissten Hinweisschilder auf die Villa Zanders. Sie selber halte Hinweisschilder zur Villa Zanders für dringend erforderlich, wenn man ein Haus bekannt machen wolle. In jeder anderen Stadt gebe es Hinweise auf ein Museum usw., aber in Bergisch Gladbach sei dies nicht vorhanden.

Herr Dr. Miede findet, dies solle die Verwaltung prüfen.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

8. Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017 *0427/2012*

Der Ausschussvorsitzende überträgt die Sitzungsleitung auf Frau Lehnert, um für die SPD-Fraktion eine Erklärung zum Tagesordnungspunkt abzugeben.

Herr Dr. Miede erklärt, die Gesamtschule habe ihm - als langjährigen Leiter einer Gesamtschule - immer am Herzen gelegen und sie, so weit dies möglich gewesen sei, auch vertreten. Zunächst möchte er kurz die Historie erläutern. Die Errichtung einer zweiten Gesamtschule sei in Bergisch Gladbach lange Zeit nicht sinnvoll gewesen, da die Abweisungen bei der IGP über viele Jahre nie über 100 Schülerinnen und Schüler gewesen seien. Eine fünf- bis sechszügige Gesamtschule benötige aber mindestens 150 Schülerinnen und Schüler, wenn nicht sogar mehr, um eine funktionierende Oberstufe zu ermöglichen. Diese Situation habe sich durch den Schulentwicklungsplan im Jahre 2010 gravierend verändert. Dieser habe deutlich gemacht, dass die beiden Haupt- und die beiden Realschulen entweder kaum noch oder längerfristig nicht mehr lebensfähig seien. Hinzu komme die überraschende, aber auch außerordentlich erfreuliche Entscheidung der CDU-Fraktion in diesem Frühjahr, einer zweiten Gesamtschule nicht mehr wie bisher im Wege zu stehen, sondern das Projekt zusammen mit der SPD-Fraktion zu betreiben. Alle Fraktionen seien sich in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 19.06.2012 darin einig gewesen, dass diese zweite Gesamtschule errichtet werden müsse. Eine Entscheidung sei aber auf die heutige Ausschusssitzung vertagt worden. Zwischenzeitlich hätten sich auch die Kommunen Rösrath und Overath gegen einen gemeinsamen Gesamtschulstandort ausgesprochen. Danach sei die Frage der Errichtung einer zweiten Gesamtschule eine rein Bergisch Gladbacher Frage. Die heutige Entscheidung sei für ihn eine historische Entscheidung, da sie die Schullandschaft in Bergisch Gladbach für mindestens ein Jahrzehnt oder sogar länger prägen und festlegen werde. Die Auswertung habe ergeben, die beiden Hauptschulen Ahornweg und Im Kleefeld seien nicht mehr lebensfähig. Die beiden Realschulen Ahornweg und Im Kleefeld seien gefährdet. Das Schulgebäude Ahornweg, welches 2003 bis 2005 kernsaniert worden sei, mit Mensa

und Turnhalle, sei nicht verkäuflich. Im Rahmen eines Public Private Partnership-Modells müsse die Stadt für die nächsten 25 Jahre jährlich 600.000 € bezahlen. Das Gebäude sei nur schulisch nutzbar. Daher ergebe sich aus seiner Sicht die Notwendigkeit, diesen Standort für die Errichtung einer zweiten Gesamtschule zu wählen. Gemäß den gesetzlichen Vorgaben könne eine Gesamtschule mit 112 Schülerinnen und Schülern, also mit 4 Klassen starten, eine Oberstufe sei mit 42 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang möglich. Allerdings halte er diese Schülerzahl nicht für ausreichend für eine funktionierende Oberstufe mit der unerlässlichen Zahl an Grund- und Leistungskursen. Er gehe von Anmeldezahlen von mindestens 140 Schülerinnen und Schülern aus, zusammengesetzt aus den Abweisungen der IGP und den Anmeldungen für die ehemalige Haupt- und Realschule. Die SPD-Fraktion sei aus diesen Gründen dafür, die zweite Gesamtschule an diesem Standort, dem Ahornweg, zu gründen.

Herr Dr. Miede übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Mömkes erklärt, die CDU-Fraktion habe der Errichtung einer zweiten Gesamtschule nicht im Wege gestanden. Die Voraussetzungen für eine zweite Gesamtschule, wie Herr Dr. Miede sie ausgeführt habe, habe es in Bergisch Gladbach bisher nicht gegeben. Der Vorschlag der Errichtung einer zweiten Gesamtschule sei deswegen im vergangenen Frühjahr auf die Tagesordnung gekommen, da man in der schulpolitischen Diskussion über Umzug, Neugründung einer Sekundarschule und dem Ende des gegliederten Schulsystems in der bisherigen Form mit Haupt- und Realschule in eine Sackgasse geraten sei. Deswegen habe die CDU-Fraktion den Vorschlag gebracht, eine zweite Gesamtschule zu gründen und die übrigen Haupt- und Realschulen bestehen zu lassen, da sie von der guten Arbeit dieser Schulen überzeugt seien. Er halte den Entschluss der Gründung einer zweiten Gesamtschule für wesentlich besser als die Gründung einer Sekundarschule. Seines Erachtens sei die Errichtung einer Gesamtschule der vernünftige Weg, da man an dieser alle Abschlüsse machen könne. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zustimmen. Die CDU-Fraktion danke der Verwaltung für die ausführliche Darstellung der verschiedenen Varianten, um deren Prüfung sie gebeten hätten. Die in der Vorlage ausgeführte Alternative 1 sei nach Auffassung der CDU-Fraktion der einzig gangbare und vernünftige Weg.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßten ganz außerordentlich die Errichtung einer zweiten Gesamtschule in Bergisch Gladbach. Auch sie sähen diese Entscheidung als einen schulpolitischen Meilenstein. Sie möchte noch betonen, dass die Gründung einer zweiten Gesamtschule in Bergisch Gladbach auch ein jahrelang gehegter Wunsch von Bündnis90/DIE GRÜNEN sei. Es sei ein wirklich entscheidender Fortschritt in der Schullandschaft Bergisch Gladbachs. Sie sei davon überzeugt, dass die Eltern die Gesamtschule annehmen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei auch für den ersten Verwaltungsvorschlag, die Gesamtschule am Standort Ahornweg zu errichten. Dies erscheine ihnen unter den gegebenen Umständen als der sinnvollste Vorschlag. Sie möchten der Verwaltung auch für die ausführliche Überprüfung der anderen Standort und für das präzise Abwägen der „Fürs und Wider“ danken.

Herr Klein teilt mit, die Fraktion DIE LINKE./BfBB sei auch der Meinung von Herrn Dr. Miede, es handle sich heute um einen historischen Tag. Er möchte noch kurz auf die Rede von Herrn Dr. Miede eingehen. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB sähe nicht, dass die Schulen Im Kleefeld nicht lebensfähig seien. Der Schulleiter Herr Wagner habe den Fraktionen in Einzelgesprächen durchaus vermitteln können, warum gerade Im Kleefeld eine andere Situation herrsche und sich dort an einer guten Belegung nichts ändern werde. Historisch sei diese Entscheidung, dies sehe er auch so. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB sei seit Jahren für eine zweite Gesamtschule. Von den reinen Zahlen der Ablehnung an der IGP könne man nicht ausgehen. Viele Eltern hätten ihre Kinder sicher erst gar nicht an der IGP angemeldet, da sie mit einer Ablehnung rechneten. Daher könne man hoffen, dass die Anmeldungen etwas höher seien. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB freue sich über die Alternative 1, da diese ihrem Antrag vom 02. April 2012, die zweite Gesamtschule am Standort

Ahornweg zu errichten, entspreche. Ganz besonders freuten sie sich über den großen Konsens in dieser Angelegenheit. Die Anträge der Fraktion DIE LINKE./BfBB würden sich mit der Verständigung auf diese Alternative 1 allesamt erledigen und seien nicht weiter zu behandeln. Auch er möchte noch auf die gute Vorlage hinweisen. Den Vorschlag, die Schulentwicklungsplan nur für fünf Jahre zu beschließen, finde er gut. Dies sei sicher der richtige Weg, um weitere Lösungen vorzubereiten.

Herr Dr. Kerschner erklärt, auch die KIDinitiative werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Auch er sei insbesondere darüber erfreut, dass ihr Vorschlag, die verschiedenen Alternativen in der Vorlage sinnvoll gegenüberzustellen, aufgenommen worden sei. Die KIDinitiative sei sich aber bei den verschiedenen Alternativen nicht ganz einig gewesen, welche die beste oder die zweitbeste Alternative sei.

Frau Glamann-Krüger teilt mit, die FDP-Fraktion befürworte grundsätzlich die Gesamtschule. Auch sie hätten die Vorlage mit ihren „Fürs und Wider“ als gut recherchiert empfunden. Einige Bedenken seien ihnen durchaus deutlich. Sie hätten sich auch mit der ursprünglichen Verwaltungsplanung, der Gründung einer Sekundarschule, anfreunden können. Allerdings sähen sie, dass diese nicht gewollt sei und möchten daher der Errichtung einer zweiten Gesamtschule nicht im Wege stehen. Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Frau Beisenherz-Galas möchte noch einen Zusatzantrag stellen. Die Verwaltung solle die Verkehrsanbindung der Schule bezüglich Busverbindung und Taktung sowie Erreichbarkeit vom Süden her gründlich überprüfen und eine verbesserte Anbindung an den ÖPNV gewährleisten.

Herr Dr. Miede entgegnet, dies sei in der Vorlage erwähnt.

Herr Dr. Speer möchte noch ein paar Ergänzungen und Korrekturen zur Vorlage bekannt geben:

- Es handle sich um den Schulentwicklungsplan für die Sekundarstufenschulen.
- Die Zahlen zu Teil B des Entwurfs des Schulentwicklungsplans (Seite 71 bis 148), erster und zweiter Spiegelstrich, also Schülerbilanz und Raumprognose, würden dem Ausschuss in der Frühjahrssitzung 2013 vorgelegt werden.
- Der Frage der ÖPNV-Anbindung werde noch einmal nachgegangen. In der Planung sei, von der Zuwegung her noch evtl. Änderungen herbeizuführen.
- Auf der Seite 38 der Vorlage müsse der erste Satz lauten: „Die Nachfrage nach Plätzen an städtischen Gymnasien ist ungebrochen hoch und übersteigt das Angebot leicht.“
- Auf Seite 42 in der zweiten Tabelle (hier würden die Auswirkungen einer Gesamtschulgründung in Gronau / Heidkamp dargestellt) müsse bei „Realschulen gesamt“ die Zahl „392“ korrigiert werden. Richtig sei 336, weil durch die mögliche Gesamtschulgründung die Zahl der Realschulplätze abnehmen müsse.
- Auf der Seite 44, erste Tabelle, sei das OHG mit 4 Zügen angegeben. Richtig sei bei dieser Variante aber die Dreizügigkeit.
- Die Gemeinde Odenthal habe seit dem letzten Wochenende festgelegt, eine Elternbefragung durchzuführen, um den Bedarf einer Realschule in Odenthal zu klären. Die Hauptschule in Odenthal befinde sich in der Selbstauflösung und die Gemeinde möchte das nicht mehr nachgefragte Hauptschulangebot am liebsten durch eine Realschule ersetzen und so eine Ergänzung ihres Schulangebotes vornehmen.

Zuletzt möchte Herr Dr. Speer noch darauf hinweisen, dass trotz der jetzt gefundenen Lösung, die schulpolitisch ein Schritt vorwärts sei, die Entwicklung der Hauptschule nicht aus den Augen verloren werden dürfe. Hier seien alle gefordert, die Entwicklung zeitnah zu verfolgen, die Möglichkeiten zu eruieren und zu handeln. Dies sei eine wichtige und wesentliche Aufgabe für die Schulentwicklungsplanung der kommenden Jahre.

Herr Dr. Miede stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Er lässt zunächst über Teil B des Entwurfes Nr. 2 bis 4 abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Der am 25.01.2011 eingebrachte Entwurf des Schulentwicklungsplans wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

Teil B des Entwurfs (Seite 71 bis 148) wird wie folgt geändert:

- **Nr. 2, „Schülerprognose“. Die Aufteilung der Gesamtschülerzahl auf einzelne Schulformen erfolgt neu unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Elternbefragung von Mai 2012.**

Daraufhin hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport in separater Abstimmung **einstimmig** beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Teil B des Entwurfs (Seite 71 bis 148) wird wie folgt geändert:

- **Nr. 3, „Raumbilanz“ und Nr. 4 „Ergebnisdarstellung für einzelne Schulen“ werden zunächst gestrichen**

Daraufhin hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport in separater Abstimmung **einstimmig** beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Teil B des Entwurfs (Seite 71 bis 148) wird wie folgt geändert:

- **Nr. 5, Lösungsansätze“ wird wie folgt neu gefasst:**

Alternative 1 (Verwaltungsvorschlag)

Am Standort Ahornweg wird zum 01.08.2013 eine neue Gesamtschule errichtet. Die Marie-Curie-Realschule und die GHS Ahornweg nehmen ab dem 01.08.2013 keine neuen Eingangsklassen mehr auf und laufen am Standort aus.

Die Schulverwaltung wird beauftragt, den eingebrachten Entwurf mit Schulen, Schulaufsicht und Nachbargemeinden abzustimmen.

Herr Dr. Miede dankt den Ausschussmitgliedern für diese Entscheidung, die er für begrüßenswert und zukunftsträchtig hält.

9. **Umsetzung der modifizierten HSK - Maßnahme 4.400.13 "Aufgabe der Förderung von Schulbibliotheken".**
0429/2012

Frau Winkels erklärt, die SPD-Fraktion begrüße das Modell „Geld statt Stelle“ in der modifizierten Version. Die Mittel sollten aber möglichst zweckgebunden im Bereich der Schulbibliotheken ausgegeben werden.

Frau Beisenherz-Galas teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN könne bei allen Sparzwängen diesem nicht unbedenken zustimmen. Sie seien der Meinung, 2015 müsse dieses neu überdacht werden. Die Förderung der Schulbibliotheken sei unglaublich wichtig, da diese einen Grundstein in der Bildung darstellten. Man müsse hier vorsichtig umgehen mit Stellenabbau oder

„Geld statt Stelle“. Dieses Modell sei vielleicht ein Ausweg, aber in dieser hier vorgestellten radikalen Form könne dies für die Schulen und Schülerinnen und Schüler auch von großem Nachteil sein. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchte daher vorschlagen, dies 2015, wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden sollten, neu zu diskutieren.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

10. Konkretisierung des Verfahrens für mögliche Trägerwechsel im Außerunterrichtlichen Angebot an Grundschulen *0370/2012*

Herr Dr. Speer teilt mit, die Vorlage sei am 18.09.2012 im Jugendhilfeausschuss behandelt worden. Er trägt die im Jugendhilfeausschuss beantragten und einstimmig beschlossenen Änderungen zur Anlage 3 der Richtlinie vor:

- Anlage 3 Ziffer 4. – Kündigung – zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:
„Erst wenn auch das zweite Vermittlungsgespräch gescheitert ist, kann von der Schule oder dem freien Träger die Kooperationsvereinbarung bis zum 31.12. des Jahres zum Ende des laufenden Schuljahres gekündigt werden. Die Vereinbarung kann mit gleicher Frist im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst werden.“
- Anlage 3 Ziffer 6. – Verfahren bei der Auswahl eines noch nicht anerkannten Trägers – Satz 4 zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:
„Für diesen Fall werden der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ermächtigt, von der Regelung in Ziffer 3.1 (=anerkannte Träger der Jugendhilfe) eine für ein Jahr geltende befristete Ausnahme zuzulassen.“

Frau Lehnert teilt mit, die CDU-Fraktion könne sich den im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Änderungen anschließen. Es habe sich um eine schwierige Arbeit gehandelt, da viele verschiedene Interessen aufeinander abgestimmt werden mussten. Sie danke der Verwaltung für die Hilfe.

Herr Neu erklärt, die SPD-Fraktion möchte noch einen Änderungsantrag stellen. In der Anlage 3 - Verfahrensordnung zu Ziffer 3.2 Trägerwechsel - beantragen sie die Ziffer 5 b) zu ändern. Es solle die Formulierung „...nach Anhörung der Schulkonferenz...“ geändert werden in „... nach vorheriger Zustimmung der Schulkonferenz“. Ihrer Meinung nach solle die Schulkonferenz dem zustimmen und nicht nur angehört werden.

Herr Dr. Miede erklärt Ziffer 5. b) würde dann lauten: „Sollte keine einvernehmliche Lösung im Rahmen der Beratung durch die Verwaltung des Jugendamtes und das Schulverwaltungsamt gefunden werden, entscheiden der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nach vorheriger Zustimmung der Schulkonferenz der betreffenden Schule über die Trägerschaft.“ Er fragt die Ausschussmitglieder, ob sie mit der Änderung einverstanden seien. Seitens der Ausschussmitglieder wird hierzu kein Widerspruch geäußert.

Dann lässt Herr Dr. Miede über den Beschlussvorschlag einschließlich der Änderungen des Jugendhilfeausschusses in der Anlage 3 der Richtlinien abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende modifizierte Beschlussempfehlung:

Um das beabsichtigte Verfahren bei einem Trägerwechsel im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen eindeutig zu regeln, werden die „Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach Teil II:

Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr“ entsprechend der vorgeschlagenen Ergänzung in Ziffer 3.2 der Richtlinien geändert und um die beigefügte Verfahrensordnung als Anlage 3 der Richtlinien ergänzt.

Anlage 3 Ziffer 4. – Kündigung – zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:

„Erst wenn auch das zweite Vermittlungsgespräch gescheitert ist, kann von der Schule oder dem freien Träger die Kooperationsvereinbarung bis zum 31.12. des Jahres zum Ende des laufenden Schuljahres gekündigt werden. Die Vereinbarung kann mit gleicher Frist im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst werden.“

Anlage 3 Ziffer 5. b) – Verfahrensablauf bei Trägerwechsel – zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:

„Sollte keine einvernehmliche Lösung im Rahmen der Beratung durch die Verwaltung des Jugendamtes und das Schulverwaltungsamt gefunden werden, entscheiden der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nach vorheriger Zustimmung der Schulkonferenz der betreffenden Schule über die Trägerschaft.“

Anlage 3 Ziffer 6. – Verfahren bei der Auswahl eines noch nicht anerkannten Trägers – Satz 4 zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:

„Für diesen Fall werden der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ermächtigt, von der Regelung in Ziffer 3.1 (=anerkannte Träger der Jugendhilfe) eine für ein Jahr geltende befristete Ausnahme zuzulassen.“

11. Sachstand zur Errichtung eines weiteren Hauptschulabschlusskurses an der VHS

0428/2012

Frau Dr. Killersreiter erklärt, die Volkshochschule habe sich sehr über den Beschluss gefreut. Es seien bereits Räume gesichtet und ein Stundenplan aufgestellt worden. Allerdings würden noch qualifizierte Dozenten benötigt, da das vorhandene Lehrerkontingent für einen weiteren Hauptschulabschlusskurs nicht ausreiche. Mit der Werbung könne jedoch erst nach der Freigabe des Haushaltes begonnen werden. Der Unterricht werde am Abend ab 18:30 Uhr stattfinden. Dazu kämen die Schulkonferenzen. Das Honorar betrage 23 € pro Stunde. Weiterhin sollten die Dozenten auch Freunde am Unterricht und Geduld mit dem Klientel haben. Der Kurs soll im Frühjahr / Sommer beginnen. Die Volkshochschule sei im Gegensatz zu den normalen Schulen nicht an die normalen Abschlussprüfungszeiten gebunden. Die Prüfungen würden von der VHS organisiert und fänden zentral statt. Auf ihre Nachfrage, ob dieses Klientel auch die Möglichkeit hätte nach Abschluss des Kurses z.B. im Februar mit einer Ausbildung zu beginnen, habe man ihr mitgeteilt, ein Einstieg in eine Ausbildung sei auf Grund der sehr hohen Fluktuationen bei den Auszubildenden auch später möglich.

Herr Mömkes möchte gerne wissen, warum der Unterricht am frühen Abend stattfinden müsse. Weiterhin interessiere ihn die Anzahl der benötigten Lehrkräfte.

Frau Dr. Killersreiter führt aus, es sei notwendig, den Unterricht in den frühen Abendstunden stattfinden zu lassen. Zum einen seien nur dann die Räumlichkeiten in den Schulen verfügbar. Zum anderen würden viele der Schülerinnen und Schüler tagsüber einer Arbeit nachgehen. Des Weiteren seien viele der Lehrer tagsüber in den Schulen beschäftigt und hätten nur abends freie Kapazitäten.

Benötigt würden sechs Lehrer für die sechs Fächer, mehrere Lehrer für den zusätzlichen Förderunterricht und für das Coaching.

Frau Winkels erklärt, die SPD-Fraktion begrüße die Errichtung eines weiteren Hauptschulabschlusskurses. Bei ihnen sei die Frage aufgekommen, ob die bereits bewilligten Zuschüsse in Höhe von 40.000 € auch entsprechend eingesetzt worden seien bzw. eingesetzt würden.

Herr Dr. Miede ergänzt, der Ausschuss und der Rat hätten die Errichtung eines weiteren Hauptschulabschlusskurses beschlossen. Die Mittel müsste die Verwaltung bereitstellen. Die Mittel, die die VHS jetzt jährlich vom Land bekäme, solle die VHS dafür nutzen.

Frau Beisenherz-Galas hat eine Frage zu den Parkgebühren und den Teilnehmerzahlen. Sie möchte gerne wissen, wie sich die Erhöhung der Parkgebühren auf die Teilnahme an den Abendkursen auswirke. Sie habe gehört, es gebe erheblich weniger Teilnehmer, weil die Parkgebühren so hoch seien. Sie möchte gerne wissen, ob dies so gravierend sei und wenn ja, wie man dem entgegensteuern könne. Möglich wäre doch z.B. mit dem „Verkauf“ eines Kurses / einer Veranstaltung auch einen Parkausweis für diesen Kurs / diese Veranstaltung zu verkaufen.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, sie habe einen deutlichen Teilnehmerrückgang zu verzeichnen. Sie führe jedes Semester eine Marketingumfrage in den Kursen durch. Im letzten Semester seien die Teilnehmer an den Sprachkursen befragt worden. Sehr häufig seien in den über 400 Rückmeldungen in den offenen Kommentaren die zu hohen Parkgebühren bemängelt worden, unabhängig von der Baustellendiskussion. Sie bekomme viele E-Mails, in denen sich die Teilnehmer / die Kunden über die Höhe der Parkgebühren beschwerten würden. Häufig würde ihr unterstellt, die VHS hätte die Parkgebühren erhöht. Dies erschwere die Kommunikation. Sie habe erfahren, auch die Teilnehmer an Kursen / Veranstaltungen in der benachbarten katholischen Familienbildungsstätte würden sich über die hohen Parkgebühren beschwerten.

Herr Dr. Miede bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob es möglich sei, dass die Teilnehmer an bestimmten Kursen auch einen Parkausweis bekommen könnten.

Frau Dietsch macht darauf aufmerksam, die hohen Parkgebühren würden auch die Besucher des Bergischen Löwen betreffen. Diese würden sich genauso beschwerten.

Herr Mumdey erklärt, hier handele es sich um ein sehr komplexes Thema. Ein Problem für die Besucher der Volkshochschule sei der Wegfall des attraktivsten Parkplatzes - des Buchmühlenparkplatzes - direkt vor der Volkshochschule. Dies würden die Menschen in erster Linie bemängeln. Ein anderer Punkt sei die Parkgebührenordnung. Z. B. sei die Bewirtschaftung der Tiefgarage Bergischer Löwe an den Stadtentwicklungsbetrieb abgegeben worden. Sollte die Stadt nun diesem bestimmte Ausnahmetatbestände von der Gebührenordnung vorschreiben, sei eine vernünftige Bewirtschaftung schwierig.

Herr Dr. Speer ergänzt, den Vorschlag von Frau Beisenherz-Galas, mit dem Verkauf des Kurses auch die Möglichkeit zum freien Parken einzuräumen, habe er bereits mit dem Fachbereichsleiter Recht, Sicherheit und Ordnung, Herrn Widdenhöfer besprochen. Herr Widdenhöfer habe darauf hingewiesen, die Parkgebühren würden durch eine vom Rat festgesetzte Satzung erhoben. Diese Satzung regle sämtliche Parkgebühren im Stadtgebiet. Sollten nun Ausnahmen für bestimmte Fälle eingeführt werden, müsse der Rat im Rahmen seines Satzungsrechtes die Satzung entsprechend anpassen. Die Verwaltung könne nicht von sich aus bestimmte Regelungen treffen. Ausnahmetatbestände müssten für alle Bürgerinnen und Bürger transparent dargestellt werden. Herr Widdenhöfer habe davon abgeraten, durch die Schaffung von vielen Spezialfällen so in die Satzung einzugreifen.

Herr Dr. Mieke bittet die Verwaltung, trotzdem die Möglichkeit für die VHS zu prüfen. Ob ein solcher Vorschlag dann im Rat Mehrheiten finde, sei eine andere Frage.

Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, es gebe ebenso viele Tageskurse, die besucht würden. Auch diese müssten berücksichtigt werden. Aber es gebe auch andere Barrieren, die den Zugang zur Volkshochschule erschwerten, wie die Baustellensituation, die Beleuchtungssituation und die Ausschilderung. Auch hierfür müssten Lösungen gefunden werden.

Frau Dr. Killersreiter möchte noch ergänzen, gerade zu den Abendkursen würden viele Teilnehmer mit dem Auto anreisen, da sie mit dem öffentliche Nahverkehr nach den Kursen nicht mehr nach Hause kämen. Ferner hätten gerade ältere Besucher ein Problem damit, in die Tiefgarage zu fahren. Sie möchte schon jetzt auf den Rückgang der Teilnehmerzahl hinweisen. Es gebe einen großen Rückgang bei den Besuchern der Einzelveranstaltungen. Daran habe die Baustellensituation einen erheblichen Anteil.

Herr Zalfen findet, die Parkplatzgebühren seien moderat. Parkgebühren würden bis 20:00 Uhr erhoben. Bei Besuch eines Kurses, der um 19:00 Uhr beginne, müsse man einen Euro an Parkgebühren bezahlen. Für ihn halte sich dies in Grenzen. Den Aspekt, das Frauen in der Dunkelheit in den Wintermonaten nicht gerne lange laufen, um zu ihren Fahrzeugen zu kommen, könne er nachvollziehen. Die Baustelle sei gewollt; sie sei aber temporär. Er halte die Diskussion über die Parkgebühren für übertrieben. Er würde an der derzeitigen Situation nichts ändern.

Herr Dr. Mieke findet, dieser Punkt sei erschöpfend diskutiert worden.

12. Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.
0402/2012

Herr Neu erklärt, die SPD-Fraktion nehme den Bericht des Stadtverbandes Kultur sehr positiv zur Kenntnis und möchte den Stadtverband Kultur für seine hervorragende Arbeit danken.

Diesem Dank schließt sich der Ausschuss an.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

13. Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme" 2012
0408/2012

Herr Dr. Speer teilt mit, die Vorlage sei am 11.09.2012 im Integrationsrat behandelt worden. Dieser habe die Auswahl der Filme sehr begrüßt und hoffe auf eine rege Teilnahme.

Herr Dr. Mieke erklärt, der Ausschuss schließe sich den Worten des Integrationsrates an.

14. Landesprogramm "Kulturrucksack Nordrhein-Westfalen"
0431/2012

Herr Zalfen begrüßt das Landesprogramm. Er freue sich, dass sich die Stadt Bergisch Gladbach um das Projekt beworben hat. Auch freue ihn die hier angestrebte interkommunale Zusammenarbeit mit Odenthal und Kürten.

Frau Lehnert und Frau Beisenherz-Galas schließen sich den Worten von Herrn Zalfen an.

15. Sanierung Sportstätten
0433/2012

Herr Dr. Speer weist darauf hin, dass der Ausschuss nur über die Ziffern 1 bis 4 des Beschlussvorschlages abstimmt und der Haupt- und Finanzausschuss über die Ziffer 5 entscheidet.

Herr Neu erklärt, die SPD-Fraktion werde der Vorlage gerne zustimmen. Er möchte dem Stadtsportverband, vor allem Rainer Adolphs, Uwe Tillmann, Felix Bertenrath und Claudia Jenniges sowie ganz besonders Volker Weirich herzlich danken für diese Lösung. Er habe aber noch eine Nachfrage zur Finanzierung. Es lägen Bekundungen der Vereine vor. Er möchte gerne wissen, ob die Finanzierungskonzepte im Vorfeld geprüft würden.

Herr Mumdey erklärt, die Finanzierungskonzepte der jeweiligen Vereine bzw. Zuschussgeber würden selbstverständlich vorher auf Schlüssigkeit geprüft. Mit einem der Vereine stünden sie bereits in Korrespondenz.

Herr Willnecker begrüßt diese Lösung und Einigung sehr. Die CDU-Fraktion möchte sich bei allen beteiligten Vereinen, dem Stadtsportverband, hier vor allem bei Rainer Adolphs ganz herzlich bedanken. Es sei sicherlich keine einfache Aufgabe gewesen, aber es zeige auch, dass man gemeinsam einiges erreichen könne. In Bergisch Gladbach würden hervorragende sportliche Leistungen gezeigt. Um diesen Leistungen gerecht zu werden, müssten die Sportanlagen auch in einem guten Zustand erhalten werden.

Frau Dietsch schließt sich den Worten von Herrn Willnecker an. Sie habe aber noch eine Nachfrage zu der Finanzierung. Laut Vorlage sollten die restlichen 30.000 € aus dem Budget des Fachbereichs 4-52 übernommen werden. Möglich sei dies durch Einsparungen u.a. beim Heizöl. Hier bitte sie um nähere Erläuterung.

Herr Weirich erklärt, in der Stadionhalle sei eine neue Heizung eingebaut worden, die nun auf Gas umgestellt werde. Daher benötige man nicht mehr den gesamten Haushaltsansatz „Heizöl“. Ferner habe man durch eine neue Ausschreibung bei der Reinigung nun geringere Kosten.

Herr Klein findet, die Sanierung des Stadions sei ein schwieriges Thema. Die Vorredner hätten betont, es sei wichtig, die Sportstätten zu erhalten. Da das Stadion in einem so schlechten Zustand sei, zeige, dass dies in der Vergangenheit nicht gemacht worden bzw. die Wertigkeit nicht hoch genug gewesen sei. Ob nun gerade zu diesem Zeitpunkt, wo die Stadt sich im Nothaushalt befinde, die Sanierung für einen so hohen Betrag geschehen müsse, wage er zu bezweifeln. Dies habe nichts damit zu tun, das nicht auch er gerne die Sportstätten in gutem Zustand hätte. Aber die jetzige Art und Weise sehe er doch als sehr bedenklich an. Es sei ein Sportentwicklungsplan beschlossen worden, mit dem der breiten Öffentlichkeit in dieser Stadt mehr Zugang zu guten Sportstätten geschaffen werden sollte. Aber genau dies werde hier nicht gemacht. Das Stadion werde zwar saniert; dies bedinge jedoch, dass andere dort nicht wie bisher ihren Sport machen könnten. Ein Kunstrasenplatz könne nicht mehr so von der Öffentlichkeit genutzt werden, wie ein normaler

Rasenplatz. Dies sehe er als sehr problematisch an und widerspreche auch dem von diesem Ausschuss beschlossenen Sportentwicklungsplan.

Herr Weirich entgegnet, im Stadion könne jeder zu jeder Zeit Sport treiben. Auch nach der Sanierung sei dies möglich. Auf Grund der Qualität des Kunstrasenplatzes könnten auf diesem viel mehr Gruppen Sport treiben, als dies auf einem Naturrasenplatz möglich sei. Deshalb könnten nach der Sanierung erheblich mehr Sportler das Stadion nutzen.

Herr Klein merkt an, die Nebenplätze seien vor einigen Jahren eingezäunt worden und damit z. B. nicht mehr von der umliegenden Wohnbevölkerung abends nutzbar gewesen. Dann habe man die Nutzung auf die Vereine beschränkt. Er befürchte eine weitere Beschränkung der Nutzungszeiten durch die Verteilung der Zeiten auf die sich an der Sanierung beteiligenden Sportvereine. Der Hauptplatz sei ja auch nicht unbegrenzt nutzbar. Für den „Normalbürger“ werde deshalb nicht mehr viel Platz sein.

Frau Koshofer möchte sich den Worten von Herrn Willnecker anschließen. Alle würden davon profitieren. Den Worten von Herrn Klein könne sie sich nicht anschließen.

Herr Mumdey stellt fest, Herr Klein habe bisher als einziger einen Einwand eingebracht. Ein Kunstrasenplatz sei zeitlich mehr nutzbar als ein Naturrasenplatz. Allerdings müsse eine solche Anlage auch ordnungsgemäß genutzt werden und sei vor unsachgemäßer Nutzung durch Einzäunung zu schützen.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei über diesen ausgehandelten Kompromiss und den Ausgleich der verschiedenen Interessen sehr froh. Begrüßenswert sei besonders, dass ein Naturrasenplatz erhalten bleibe. Sie sähen die Errichtung von Kunstrasenplätzen als problematisch an. Langfristig solle man diese Strategie überdenken.

Herr Zalfen möchte für die SPD-Fraktion noch etwas differenzierter Stellung nehmen. Im nächsten Haupt- und Finanzausschuss sei über die Annahme eines Bürgerbegehrens zu entscheiden. Die Annahme des Bürgerbegehrens sei auch an eine Sanierung einer Schule geknüpft. Die Mittel für die Sanierung des Stadions stammten aus der Mitteln „Baukosten Schulen“. Die SPD-Fraktion hätte diese Mittel lieber für die Sanierung von Schulen verwandt. Daher hätten sie sich im Vorfeld gegen eine Sanierung des Stadions ausgesprochen.

Herr Dr. Kerschner erklärt, die KIDinitiative könne dem ganzen nicht vorbehaltlos zustimmen. Einerseits gebe man knapp eine Million Euro für eine Sportplatzrenovierung mit Kunstrasen aus, andererseits habe man keine saubere Schultoiletten. Die Mittel gehörten ihren Erachtens den Schulen und sollten für die Sanierung der Schulen verwandt werden. Sie könnten daher nicht ruhigen Gewissens dem zustimmen.

Herr Mömkes weist darauf hin, Sportstätten seien auch Orte, an denen Unterricht stattfinde. Die Schülerinnen und Schüler hätten auch einen Anspruch auf ordentliche Sportstätten. Dies müsse man auch im Blick haben.

Herr Dr. Miede stellt den Beschluss zu Ziffer 1 bis 4 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB und bei zwei Enthaltung (KIDinitiative und aus den Reihen der SPD-Fraktion) folgenden Beschluss zu Ziffer 1 bis 4 des Beschlussvorschlages:

1. **Der kieselrotbelastete und dringend sanierungsbedürftige Tennensportplatz im Stadion Bergisch Gladbach wird nach der Sanierung und Umbau der weiteren Sportflächen der**

Hauptkampfbahn und der Rasennebenplätze für die Schul- und Vereinssportnutzung aufgegeben.

- 2. Die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen für die Schul- und Vereinssportnutzung der Hauptkampfbahn und der Rasennebenplätze werden wie folgt durchgeführt:**
 - a) Neuanlage eines Kunstrasenspielfeldes mit Trainingsbeleuchtung auf einem Teil der Rasennebenplätze;**
 - b) Sanierung des Naturrasenspielfeldes der Hauptkampfbahn mit neuer Drainage und neuem Aufbau mit Naturrasenoberfläche;**
 - c) Sanierung der Tartanbahn mit Nebenflächen.**
- 3. Die Sanierung gem. Punkt 2. wird nur vorgenommen, wenn die Vereine und der Stadtsportverband 200.000 € für die Gesamtmaßnahme zur Verfügung stellen.**
- 4. Falls die 200.000 € durch die Vereine und den Stadtsportverband nicht zur Verfügung gestellt werden können, erfolgt die Sanierung durch**
 - a) Wegfall des Naturrasenhauptplatzes und Neuaufbau als Kunstrasenplatz**
 - b) Sanierung der Tartanbahn und Nebenflächen.**

15.1. Max-Bruch-Festival

Frau Bischoff dankt dem Vorsitzenden für die Gelegenheit, das geplante Max-Bruch-Festival vorzustellen. Frau Koshofer und sie hätten vor einem Jahr die Idee gehabt, ein Max-Bruch-Festival für die Stadt und mit der Stadt zu veranstalten. Max-Bruch sei seit 1917 Ehrenbürger der Stadt Bergisch Gladbach. Er habe eine sehr intensive Freundschaft mit Maria Zanders gehabt. Im nächsten Jahr wäre Max Bruch 175 Jahre alt geworden. Das Fest solle ein Fest von der Stadt für die Stadt sein. Umgesetzt werden solle dies von Musikern und Chören, die in Bergisch Gladbach ansässig seien. Die Spielorte lägen ebenfalls in Bergisch Gladbach, Exkursionen und Ausstellungen runden das Programm ab. Eng verbunden mit dem Festival sei auch die Familie Zanders. Finanziell unterstützt würden sie von Unternehmen. Als Schirmherren habe man den Bürgermeister Lutz Urbach und Herrn Pleitgen gefunden. Für die Umsetzung des Festivals sei der Verein „Musik- und KulturFestival GL e.V.“ unter Vorsitz von Herrn Herweg gegründet worden. Frau Koshofer und sie möchten im Ausschuss und im Rat für das Festival werben und um ideelle Unterstützung bitten. Es sei keine politische sondern eine kulturelle Veranstaltung. Jeder, der Interesse habe mitzumachen, sei herzlich willkommen und könne sich jederzeit an Frau Koshofer oder sie wenden.

Herr Dr. Miede dankt Frau Bischoff für die Informationen und bittet sie, den Ausschuss weiter auf dem Laufenden zu halten.

Frau Koshofer bedankt sich ebenfalls bei Herrn Dr. Miede für die Gelegenheit, ihr Projekt im Ausschuss vorstellen zu können. Bergisch Gladbach sei eine Stadt mit sehr vielen kulturellen Ereignissen. Dies liege natürlich auch an der sehr interessierten Bürgerschaft. Um die kulturelle Identität zu stärken, solle dieser Ausschuss, aber auch der Rat, richtungsweisende Impulse mit ihnen setzen. Auch sie bitte ganz herzlich um Unterstützung und lade jeden ein, sich zu beteiligen.

16. Anträge der Fraktionen

- 16.1. Zusatzantrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE./BfBB, am Schulstandort Ahornweg eine integrierte Gesamtschule neben den beiden dort bestehenden Schulen zu errichten.**

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wurde wegen Sachzusammenhangs unter Tagesordnungspunkt A8 behandelt.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage von Frau Beisenherz-Galas:

Frau Beisenherz-Galas hat eine Anfrage zum Thema Fußball. Die Fußballmannschaft des SV 09 sei vor einiger Zeit aufgestiegen. Es habe ein Empfang im Rathaus stattgefunden. Die Presse habe vom Aufstieg und Empfang berichtet. Nun habe sie gehört, die Damenfußballmannschaft sei ebenfalls in dieselbe Liga aufgestiegen. Auch sie hätten sich sehr darüber gefreut. In der Öffentlichkeit sei dies jedoch nicht gewürdigt worden. Sie möchte gerne wissen, ob es möglich sei, auch die Frauenfußballmannschaft noch nachträglich zu ehren.

Herr Mumdey erklärt, dies liege in der Entscheidungsgewalt des Bürgermeisters. Herr Dr. Speer und er würden dem Bürgermeister entsprechend berichten.

Anfrage von Frau Scheerer:

Frau Scheerer hat noch eine Nachfrage zur Sanierung des Stadions. Der Kieselrotplatz solle danach als Parkplatz genutzt werden, also als Sportplatz aufgegeben werden. Sie möchte gerne wissen, ob dieser dann nicht asphaltiert werden müsse, da ansonsten die Kieselrotbelastung ja weiterhin bestehe.

Herr Weirich erklärt, der Tennenplatz werde für die sportliche Nutzung aufgegeben. Der Platz solle aber nur für bestimmte Veranstaltungen mit größeren Zuschauermengen als Parkplatz genutzt werden und nicht permanent. Nach Aufgabe der sportlichen Nutzung werde sich der Platz nach einiger Zeit wieder begrünen, z.B. durch Moose. Sollte der Platz offiziell als Parkplatz ausgewiesen werden, müsse das Kieselrot entfernt und der Platz asphaltiert werden. Es entstünden erhebliche Kosten. Dafür reiche der Haushaltsansatz nicht aus.

Anfrage von Herrn Neu:

Herr Neu hat eine Frage zum Sportplatz des SC 27 an der Saaler Mühle. Der Verein habe den Kunstrasenplatz mit eigenen Mitteln erstellt. Er habe gehört, der Verein solle nun auch noch den Wasseranschluss an den öffentlichen Kanal bezahlen. Er könne sich dies nicht vorstellen. Der Verein habe einen Sportplatz auf einem städtischen Grundstück für die Stadt hergerichtet und solle nun auch noch den Anschluss bezahlen. Er möchte gerne wissen, wie hier der Sachstand ist.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Nachrichtlich FB 4: Die Beantwortung verzögert sich. Gespräche mit den Beteiligten sind anberaunt. Die Federführung liegt bei BM-13.

Anfrage von Herrn Mömkes:

Er habe gehört, die Landesregierung habe einen Gesetzentwurf zum Thema Inklusion auf den Weg gebracht. Es habe seitens des Kreises vor kurzem auch eine Tagung stattgefunden. Es stelle sich die Frage, ob der Ausschuss als der Schulträger nicht verpflichtet oder aufgefordert sei, einen

Grundsatzbeschluss zum Thema Inklusion zu fassen, in dem die Rahmenbedingungen für Inklusion im schulischen Bereich festgelegt würden. Er halte es nicht für sinnvoll, wenn jede Schule ihre eigene Form von Inklusion „betreibe“, wie nun an eine der hiesigen Realschulen geschehen. Seines Erachtens müsse dies genau überlegt und gesteuert werden. Er bitte Herrn Dr. Speer bei der Bezirksregierung nachzufragen, ob die Schulträger dazu angehalten seien.

Herr Dr. Speer erklärt, der Prozesse sei in seiner Entwicklung und wie bei jedem neuen Prozess könne der Beginn manchmal etwas holprig sein. In diesem Schuljahr habe man sich erstmalig an den weiterführenden Schulen auch mit der Frage der Inklusion oder des integrativen Unterrichts auseinander setzen müssen. In der Primarstufe kenne man das Instrument des gemeinsamen Unterrichts bereits. Bei der angesprochenen Realschule seien laut zuständigem Schulaufsichtsbeamten keine Schulträgerbelange berührt worden, da keine zusätzlichen Raumfragen oder ähnliches aufgetreten seien. Sie seien daher erst relativ spät in das Verfahren eingestiegen. Für das nächsten Schuljahr sei eine frühzeitige Einbindung des Schulträgers geplant; dies sei im Lenkungskreis so besprochen worden. Es gebe eine erste schulfachliche Dezernentenrunde, die sich nach der Anmeldephase beraten werde und nach einer schulfachlichen Stellungnahme dann das Gespräch mit den Schulträgern suche. Geprüft werden müsse auch, welche Schulen überhaupt in Frage kämen. Manchmal seien nur Kleinigkeiten zu regeln. Auf die innerschulische Organisation hätten sie als Schulträger keinen Einfluss. Derzeit werde der vom Jugendhilfeausschuss initiierte Aktionsplan Inklusion erarbeitet. Gleichzeitig gebe es beim Kreis einen Arbeitskreis Inklusion, der sich schwerpunktmäßig mit Schule beschäftige. Er persönlich finde, Konzepte den Schulen „überzustülpen“ sei nicht der richtige Weg. Es müsse von unten wachsen. Er sei sich nicht sicher, ob ein vom Rat gefasster Grundsatzbeschluss sinnvoll sei. Er präferiere eine allgemeine Richtlinie aus der Praxis heraus entwickelt. Vertiefend werde dieses Thema in einer zukünftigen Vorlage erläutert.

Herr Mömkes findet, es müsse eine vernünftige Regelung entwickelt werden, ob diese nun Richtlinie oder Grundsatzbeschluss genannt werde. Er sei auch der Meinung, es müsse von unten wachsen. Allerdings müsse man dies im Auge behalten, damit nicht alles kreuz und quer laufe und auch innerschulisch falsch laufe.

Herr Zalfen möchte gerne wissen, wie denn die Situation an den Grundschulen sei. Er denke nur an die vielen Treppen in den Grundschulen.

Herr Pütz antwortet, Eltern hätten schon seit mindestens einem Jahr gemäß Vorgabe des Schulministeriums ein Wahlrecht zwischen der Förderschule und der Regelschule. In Bergisch Gladbach gebe es auch Grundschulen, die vorwiegend ebenerdig seien. In den fünf großen statistischen Bezirken gebe es seit einem Jahr jeweils Schwerpunktgrundschulen, in denen durchaus ein gemeinsamer Unterricht stattfände. Mittlerweile gebe es mehr Förderschüler in den Regelschulen als in den Förderschulen.

Anfrage von Frau Lehnert:

Frau Lehnert möchte gerne die Termine für die Ausschusssitzungen in 2013 wissen.

Herr Dr. Speer teilt mit, diese würden mit dem Protokoll mitgeteilt werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport finden in 2013 an folgenden Terminen statt:

29. Januar 2013

23. April 2013

02. Juli 2013

02. Oktober 2013
03. Dezember 2013,
jeweils um 17:00 Uhr im Ratssaal Rathaus Bensberg..

Anfrage von Herrn Klein:

Herr Klein hat eine Frage zum Bolzplatz / Sportfeld hinter der IGP. Er habe bereits in der letzten Ausschusssitzung auf die Missstände hingewiesen. Er möchte gerne wissen, ob man Hundeverbotsschilder gegen das Freilaufenlassen der Hunde auf diesem Platz aufstellen könne. Ferner weise die Rasenfläche große Löcher auf. Er möchte ebenfalls wissen, ob diese Löcher nicht zugemacht werden könnten, damit der Platz wieder nutzbar sei.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Bürgermeister

Schriftführung